

Eingang FB Kreisgremien:

13.03.2023

Freie
Demokraten



FDP-Fraktion Bergstraße • Ernst-Ludwig-Str. 15 • 64646 Heppenheim

An
den Vorsitzenden des Bergsträßer Kreistags
Kreisausschuss des Kreises Bergstraße
Gräffstraße 5
64646 Heppenheim

Dringlicher Antrag gemäß §15 und 25 unserer GO zu „Flüchtlingssituation im Kreis Bergstraße“

Heppenheim, 12. März 2023

Christopher Hörst
Fraktionsvorsitzender

FDP-Fraktion im Kreistag
des Kreises Bergstraße

Geschäftsstelle
Kellereigasse 11
64646 Heppenheim

Privat
Ernst-Ludwig-Straße 15
64646 Heppenheim

hoerst.fdp@gmail.com
www.fdp-bergstrasse.de

Sehr geehrter Herr Kreistagsvorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der FDP Fraktion bitte ich Sie folgenden dringlichen Antrag den Kolleginnen und Kollegen des Kreistags zur Aufnahme auf die Tagesordnung und dann folgenden Beratung und Beschlussfassung am 20. März 2023 vorzulegen.

Antrag:

Der Kreistag des Kreises Bergstraße möge beschließen:

Der Kreisausschuss wird beauftragt, dem Kreistag regelmäßig über das Sonderthema „Flüchtlinge im Kreis Bergstraße“ Bericht zu erstatten. Der Kreisausschuss, der Landrat und die zuständigen Dezernenten werden aufgefordert vor Information jedweder medialen Öffentlichkeit zunächst die Mitglieder Kreistags zu informieren.

In dem Bericht an die Mitglieder des Kreistags sind stets aktualisiert Daten und Fakten zur Anzahl und Herkunft der Geflüchteten, zu ihrer Unterbringung (Art und Standort) und zum rechtlichen Status der im Kreis Bergstraße untergebrachten Menschen mit Fluchthintergründen aufzuführen.

Begründung:

Da die Antragsfrist in unserer Geschäftsordnung mit 24 Tagen für aktuelle Notwendigkeiten sehr lang bemessen ist, der Kreistag seit dem 12. Dezember erst jetzt (20. März) und dann erst wieder am 3. Juli zusammen kommt, sehen wir eine Dringlichkeit in der Befassung gegeben an, den Kreistag mittels Beschluss in eine wesentlich bessere und vor allem kürzer getaktete Informationslage zu bringen.

Spätestens mit dem 26. Februar 2023 und dem Vorfall in der Zeltstadt Bensheim wurde klar, dass die Unterbringung von Geflüchteten nicht nur eine logistische Herkulesaufgabe für die öffentliche Hand ist, sondern auch Sprengwirkung in der Zusammensetzung der Flüchtlingsgruppen und damit Unsicherheiten in der Bevölkerung entfalten kann. Mit zunehmender Intensität sind Bergsträßer Dezernenten auch im nationalen Fernsehen mit der Kritik an der Flüchtlingszuweisung zu sehen. Das Thema der Unterbringung hat letztlich auch zu einem Appel von Bürgermeistern und den Fraktionen dieses Kreistags an den Bundeskanzler und den Ministerpräsidenten geführt. Bei der Bevölkerung macht sich durch die Häufung der Ohnmachtsadressen Unruhe breit.

Fraktion der Freien Demokraten
im Kreistag des Kreises Bergstraße

Lisa-Marie Blumenschein
Kreistagsabgeordnete

Christopher Hörst
Kreistagsabgeordneter

Till Mansmann, MdB
Kreistagsabgeordneter

Gottlieb Ohl
Kreistagsabgeordneter

Manuela Teufel
Kreistagsabgeordnete

Beratend:
Burkhard Vetter
Kreisbeigeordneter

Wir sind als gewählte Kreistagsabgeordnete verpflichtet, gegenüber der Öffentlichkeit und den Bürgerinnen und Bürgern mit für ein transparentes Handeln staatlicher Stellen zu sorgen. – Auch oder gerade deshalb ist es als ehrenamtliche Politik unsere Aufgabe über Parteigrenzen hinweg politisches Handeln zu vertreten und zu erklären. Nicht umsonst misst Artikel 21 unseres Grundgesetzes politischen Parteien explizit die Aufgabe zu, an der politischen Willensbildung des Volkes mitzuwirken.

Eine informative und sachliche Transparenz zwischen Verwaltung und Kreistag ist nicht nur aus Respekt vor den gewählten Vertretern des Volks geboten, sondern schon deshalb folgerichtig, da nur so die gewählten Kreistagsabgeordneten ihrer Aufgabe, Politik, Verwaltungshandeln und Entscheidungen sachgerecht erklären, in einigen Fällen auch de-eskalierend, nachkommen können.

Der Bergsträßer Kreistag tagt als „Volksvertretung“ trotz der turbulenten Rahmenbedingungen und Umstände nur selten und der Eindruck verfestigt sich, dass der Kreis Ausschuss und die zuständigen Dezernenten stets die Medien „beliefern“, den Kreistag aber eben nur dann wenn er tagt. Es kann nicht angehen, dass Kreistagsabgeordnete aus den Medien besser informiert werden als direkt von der Kreisspitze.

Auch ehrenamtliche Verantwortungsträger in den Gremien des Kreises müssen darüber informiert sein,

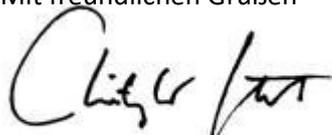
- 1.) wie weit die Kommunen im Kreis auf die Direktzuweisung am 1. Mai 2023 vorbereitet sind, wie der Informationsaustausch mit den Kommunen vonstattengeht und wie die Kommunen nach dem 1. Mai 2023 mit der Sachlage umgehen?
- 2.) wie das Vorgehen ist, wenn Kommunen keine Räumlichkeiten oder entsprechendes Gelände vorweisen?
- 3.) wie die Bürger vor Ort und im direkten Umfeld informiert werden (z.B. Informationsschreiben, Flyer etc.)? Wie erfolgt das Beschwerdemanagement?
- 4.) wie die Kostenaufteilung zwischen Bund, Land, Kreis und Kommunen erfolgt? Hier sollte eine entsprechende Aufstellung den Berichten beigelegt werden.

Nur so werden gewählte Abgeordnete des Kreistags von kritischen (weil uninformiert) Zaungästen zu Helfenden in der Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern.

Eine regelmäßige Information an den Kreistag dient dann sicher auch der sachgerechten und sachdienlichen Umgangsweise mit einem Thema, welches für viel Unruhe in der Bevölkerung sorgt. Kreistagsabgeordnete können so Mittler und Multiplikatoren sachlicher Informationen sein.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen



Christopher Hörst